

Freies Wort

KREIS HILDBURGHAUSEN

69. Jahrgang / Nummer 272

Samstag/Sonntag, 21./22. November 2020

www.insüdthüringen.de / Preis 1,80 Euro

**KREUZWORT-
GITTER**

**Gewinnspiel
im November**

Bis zum
30.11.2020 täglich
**500 €
gewinnen!**

Meininger Tageblatt
Südthüringer Zeitung
Freies Wort

Ministerium lehnt frühere Ferien in Hildburghausen ab

Hildburghausen/Erfurt – Trotz hoher Corona-Infektionsraten in einzelnen Kreisen lehnt das Bildungsministerium verlängerte Weihnachtsferien ab. Am Freitag hatte sich der Landkreistag dafür ausgesprochen, Schulen dort zu schließen, wo die Infektionsraten hoch sind. „Wenn viele Lehrer in Quarantäne sind, wie sollen Schulen dann aufbleiben?“, fragte die Greizer Landrätin Martina Schweinsburg (CDU).

Das Ministerium verwies auf die Ampelregelung für Schulen und Kindergärten. Schließungen gebe es, wenn die Infektionszahlen an der Einrichtung die Grenzen überschreiten. Weitere Entscheidungen sollen am Mittwoch getroffen werden.

Der Vorschlag, bereits am 11. Dezember in die Ferien zu starten, war von Hildburghausens Landrat Thomas Müller (CDU) gekommen. Müller war zuvor auch mit Forderungen nach einem Total-Lockdown in seinem Kreis beim Land abgeblitzt. Hildburghausen meldete am Freitag eine Sieben-Tage-Inzidenz von 302 Neuinfektionen auf 100.000 Einwohner. Das ist der höchste je in Thüringen gemessene Wochenwert. Damit rückt Hildburghausen in die Gruppe der zehn am stärksten von der Pandemie betroffenen Regionen Deutschlands auf. In den Kreisen Hildburghausen, Sonneberg, Coburg und Kronach hat die Gesamtzahl der Infektionen seit Pandemiebeginn die Schwelle von einem Prozent der Bevölkerung erreicht.

Unterdessen meldeten der Unstrut-Hainich-Kreis und der Kreis Sömmerda große Ausbrüche in Pflegeheimen. In Großvargula wurden 29 Bewohner sowie acht Mitarbeiter positiv getestet. *er/ek* **Seiten 6, 16, 32**

Armut trifft mehr Thüringer

Erfurt/Berlin – In Thüringen ist der Anteil derjenigen Menschen, die als arm gelten, einer Studie zufolge nach wie vor größer als im Bundesdurchschnitt. Wie aus dem Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands hervorgeht, lag die Armutsquote in Thüringen im vorigen Jahr im Freistaat bei 17 Prozent, der Bundesdurchschnitt bei 15,9 Prozent. Im Jahr 2018 waren es noch 16,4 und 15,5 Prozent. Den höchsten Anteil armer Menschen hat der Studie zufolge Bremen mit 24,9 Prozent.

Bundesweit gelten dem Bericht zufolge 13,2 Millionen Menschen als arm. Das seien so viele wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr.

Als arm gelten Haushalte, die über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfügen. Damit lag die Armutschwelle 2019 für eine alleinlebende Person bei 1074 Euro, für Alleinlebende mit einem Kind bei 1396 und für ein Paar mit zwei Kindern bei 2256 Euro. *jwe*



Die Polizeibeamten haben nach dem Leichenfund auch am Freitagvormittag noch die Wiesen in Geraberg akribisch nach möglichen Spuren eines Täters abgesucht. *Foto: Constanze Wagner*

Tod einer Rentnerin gibt Rätsel auf

In Geraberg im Ilm-Kreis ist am Donnerstagabend eine 86-jährige Frau in einer Gartenanlage tot aufgefunden worden. Laut Staatsanwaltschaft handelt es sich um ein Tötungsverbrechen.

Von Danny Scheler-Stöhr und Anke Kruse

Geraberg – In einer Gartenanlage in Geraberg im Ilm-Kreis ist am Donnerstagabend eine 86-jährige Frau tot aufgefunden worden. Die Frau stammte aus Ilmenau, hatte in Geraberg aber einen Garten. Wie die Staatsanwaltschaft Erfurt auf Nachfrage dieser Zeitung mitteilte, handelt es sich um ein Tötungsverbrechen. Hintergründe zur Tat wollte die Staatsanwaltschaft aus ermittlungstaktischen Gründen nicht nennen. Auch gäbe es noch keinen Tatverdächtigen. Es wird in alle Richtungen ermittelt.

Beamte der Landespolizeiinspektion Gotha und Spezialisten des Landeskriminalamtes hatten die Ermittlungen vor Ort aufgenommen. Auch am Freitag noch waren in der abgesperrten Gartenanlage die Polizisten auf der Suche nach Spuren. Die Beamten haben nach Angaben einer Augen-

zeugin die Wiesen hinter den Gärten bis hin zum neu angelegten Teich im Morbacher Park akribisch abgesucht. „Ich finde es sehr, sehr schlimm, was hier passiert ist. Vor allem, wenn ich mir vorstelle, dass auch ich alleine unterwegs bin oder dass sich auch andere Spaziergänger und Familien mit ihren Kindern im Morbacher Park erholen wollen oder den Spielplatz aufsuchen ...“, sagte sie.

Auch Vertreter aus der Kommunalpolitik waren entsetzt. Dominik Straube, Bürger-

meister der Landgemeinde Geratal, zeigte sich erschüttert. „Dabei denkt man sonst, so etwas passiert nur woanders und vor allem weit weg. Aber jetzt ist es quasi vor der Haustür passiert. Das macht mich sehr traurig.“ Für Ortschaftsbürgermeister Holger Frankenberg ist es „sehr schlimm, dass so etwas hier im Ort passiert und möglicherweise einem unschuldigen Menschen das Leben genommen wurde. Darüber bin ich sehr erschüttert und sprachlos. Es ist so schon eine trostlose Zeit.“



Die Polizei und Spezialisten des Landeskriminalamtes untersuchen den Tatort. *Foto: Wichmann*

Im Zeichen des Gedenkens und Erinnerns

Hildburghausen – Der Totensonntag, der sich am 22. November jährt, steht im Zeichen des Gedenkens und Erinnerns. Die Kultur von Trauer und Bestattung hat sich verändert, sagt Bestattungsmeister Dirk Zehner: „Während vor ein paar Jahren ein klassisches Urnengrab Standard war, geht der Trend dahin, Grabstätten mit wenig Pflegeaufwand zu schaffen.“ Das Angebot reicht vom Urnengrab über anonyme Grabstätten bis zu Seebestattungen. Auch die Kultur der Erinnerungstücke präsentiert sich vielfältig, etwa mit Schmuckstücken, in denen Asche des Verstorbenen eingelassen ist. Ziemlich neu ist laut Zehner die Variante, die Asche Baumwurzeln beizumischen. „Die Angehörigen bekommen dann ihren Wunschbaum in einem Weidenkorb, der das Wurzelwerk inklusive der Asche umgibt, um diesen am Ort ihrer Wahl einzupflanzen. So entsteht neues Leben mit der Kraft der Verstorbenen“, sagt er. **Seite 9**

Meinung

Weniger Privilegien für Beamte

Zum Vorstoß aus der CDU, auch Beamte und Politiker in die Rentenkasse zahlen zu lassen

Von Bernhard Walker

Die trauen sich was, die Mitglieder im Ausschuss für Soziales der CDU. Da verteidigt ihre Partei die Tatsache, dass Beamte, manche Selbstständige und Politiker nicht in die Rentenkasse zahlen. Doch der Ausschuss sagt der Parteilinie Adieu und erklärt zutreffend, dass die Bevölkerung die Sicherungssysteme abseits der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) als „Privilegien“ betrachtet.

Der Ausschuss schlägt deshalb vor, Beamte, die 2030 jünger als 30 sind, in die GRV einzubeziehen. Das ist zwar nur ein Vorschlag, allerdings eröffnet der Ausschuss eine Debatte, die sich viele Bürger wünschen. Die fragen sich, warum bei uns nicht gehen soll, was in Österreich schon seit Jahren gilt. Dort hatte 2004 Bundeskanzler Wolfgang Schäussel durchgesetzt, dass nach einem Stichtag neu berufene Bundesbeamte in die Rentenversicherung einbezogen werden. Eine solche Reform ist also nicht bloß ein Projekt linker Umverteilungsfantasten. Und doch hat sie zwei große Haken. In Deutschland müssten 16 Länder mitziehen, weil sie Dienstherr der meisten Beamten sind. Und teuer wäre es auch. Der Staat müsste in einer langen Übergangszeit heute schon erworbene Pensionsansprüche bezahlen und für neue Beamte Beiträge an die Rentenkasse abführen. Ob die Gesellschaft sie bezahlen will?

redaktion@freies-wort.de



Vorstoß: Beamte sollen in Rentenkasse zahlen

Beamte, die im Jahr 2030 jünger als 30 sind, sollen in die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) einbezogen werden. So steht es in einem Konzept des Fachausschusses für Soziales der CDU.

Berlin – Unter der Überschrift „Wir wollen eine funktionierende Rente für alle“ weist das Konzept darauf hin, dass es heute für Selbstständige, Berufe mit eigenen Versorgungswerken und Politiker verschiedene, von der GRV unabhängige Alters-Sicherungssysteme gebe: „Die Rentensysteme jenseits der GRV werden von der Bevölkerung als Privilegien betrachtet, an denen sie nicht teilnehmen

können.“ Deshalb sei es für die CDU „vorstellbar“, die GRV in eine Erwerbstätigenversicherung weiterzuentwickeln: „Dabei wollen wir als ersten Schritt ab 2030 die Personen unter 30 Jahren, die als Beamte, Selbstständige oder Politiker tätig sind bzw. werden, in die GRV integrieren. Alle, die älter sind, bleiben in ihren bisherigen Versorgungswerken.“ Die Nettogehälter der Beamten dürften im Zuge der Einbeziehung in die GRV nicht sinken. Hintergrund: Wären die Beamten in der GRV, müssten sie – genau wie Arbeitnehmer – aus ihrem Einkommen Beiträge an die Rentenkasse abführen.

Lob für den Vorstoß aus den Reihen der CDU kommt vom SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Rosemann: „Die SPD ist schon seit Langem für eine Erwerbstätigenversiche-

rung, in die alle Beschäftigten solidarisch einzahlen. Wenn die CDU das jetzt auch will, können wir sofort darüber verhandeln“. Aus Sicht des Linken-Bundestagsabgeordneten Matthias Birkwald ist der Vorschlag richtig, aber nicht ehrgeizig genug. Bis 2050 durchlebe Deutschland einen starken demografischen Wandel. Um ihn bewältigen zu können, müssten Beamte und Erwerbstätige mit hohen Einkommen deutlich eher als 2030 in die Rentenkasse einzahlen.

Kai Rosenberger, der Landesvorsitzende des Beamtenbunds/Tarifunion von Baden-Württemberg, betont, dass es theoretisch natürlich möglich sei, neu einzustellende Beamte in die GRV einzubeziehen. Davon bleibe aber der im Grundgesetz niedergelegte „Alimentationsgrundsatz“ unberührt. *wal* **Meinung**

ANZEIGE

**Schon wieder
Besuch und kein
Bock zu kochen?!**

16.11. - 23.12.2020

**GANZE GANS
ZUM MITNEHMEN**

für 4 Personen nur 69 EUR

Beilagen: Apfelrotkohl,
Thüringer Klöße, Sauce &
1 Flasche Wein

Gänse-Hotline:
036870 / 88813

Gänse-Mail:
info@hotel-rennsteig.com

Gänse-Taxi: ab 16 Personen

NEU:

Hotel Rennsteig Masserberg GmbH & Co. KG | Am Badehaus 1
98666 Masserberg | Tel.: 036870 - 800 **hotel-rennsteig.com**



Service (Abo und Zustellung)
(03681) 887 99 96
E-Mail: aboservice@freies-wort.de

Lokalredaktion (036 85) 44 82-0
Zentralredaktion (036 81) 85 12 00
Leser-/Ticketshop (036 81) 79 24 50



Wetter:
Seite 16